



1 - Zentrale Aufgaben und Finanzen
04.05.2009
Az.: 1-002-13/ri

Alzey, den

N i e d e r s c h r i f t

Nr. der Sitzung: **24**

Wahlperiode: **2004 - 2009**

Gremium: **Kreistag**

Öffentlich

Sitzungsdatum: **18.11.2008**

Uhrzeit: **15.05 - 16.30 Uhr**

Sitzungsort: **Kreisverwaltung, Sitzungsräume 119/120**

Anwesenheitsliste

Vorsitzender			
Landrat Görisch			
Kreisbeigeordnete	Anwesend von/bis TOP	Entschuldigt	Nicht entschuldigt
Seebald, Gerhard, Wörrstadt	1-5		
Klippel, Walter, Saulheim		X	
Erbes, Heribert, Spiesheim	1-5		
Mitglieder des Kreistages	Anwesend von/bis TOP	Entschuldigt	Nicht entschuldigt
SPD-Fraktion			
Anklam-Trapp, Kathrin, MdL, Monsheim		X	
Beiser-Hübner, Ute, Flonheim	1-5 (ab 15.10 Uhr)		
Bothe, Ralph, Flörsheim-Dalsheim	1-5		
Corell, Christel, Gundersheim	1-5		
Dexheimer, Jutta, Flonheim	1-5		
Espenschied, Philipp, Siefersheim	1-5		
Hagemann, Klaus, MdB, Osthofen		X	
Kiefer, Gerhard, Eich	1-5		
Lenges, Franz-Josef, Eckelsheim	1-5		
Merker, Helga, Gau-Odernheim	1-5		
Müller, Bernd, Osthofen	1-5		
Piegacki, Hans-Jürgen, Wöllstein	1-5		
Pühler, Karl-Heinz, Schornsheim	1-5		
Seebald, Gerhard, Wörrstadt	1-5		
Sommer-Kundel, Nicole, Alzey	1-5		
Steinmann, Werner, Alzey	1-5		
Willius, Klaus, Eich	1-5		
CDU-Fraktion			
Blüm, Gerhard, Gundheim	1-5		
Conrad, Markus, Armsheim	1-5		
Herok, Mirja, Flörsheim-Dalsheim	1-5		
Hoffmann, Wolfgang, Alsheim	1-5		
Jung, Hansjörg, Gau-Bickelheim	1-5		
Knierim, Hans-Peter, Osthofen	1-5		
Köhm, Reinhold, Lonsheim	1-5		
Metzler, Jan, Dittelsheim-Heßloch	1-5		
Müller, Lucia, Wöllstein	1-5		
Pitsch, Anni, Alzey	1-5		
Rohschürmann, Heinz, Alzey	3-5 (ab 16.25 Uhr)		
Schnabel, Alfons, Wöllstein	1-5		
Schnabel, Heinz-Hermann, MdL, Erbes-Büdesch.	1-2 (bis 15.45 Uhr)		
Tauscher, Dr. Ludwig, Alzey	1-5		
Wagner, Walter, Westhofen	1-5		
Wolf, Peter-Franz, Sulzheim	1-5		

Fortsetzung Mitglieder des Kreistages	Anwesend von/bis TOP	Entschuldigt	Nicht entschuldigt
FDP-Fraktion			
Eibach, Irmgard, Armsheim	1-5		
Geil, Heinz-Ulrich, Monzernheim	1-5		
Lind, Ulrich, Gau-Odernheim	1-5		
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen			
Becker, Klaus, Bornheim	1-5		
Kolb-Noack, Elisabeth, Dittelsheim-Heßloch	1-5 (ab 15.10 Uhr)		
Neumann, Detlev, Alzey	1-5		
Wildner, Jürgen, Eich	1-5		
FWG-Fraktion			
Busch, Wilfried, Kettenheim	1-5		
Clar, Georg-Heinz, Alzey	1-5		
Klenk-Kaufmann, Ute, Eppelsheim	1-5		
Mehring, Klaus, Osthofen	1-5		
Orb, Fritz, Westhofen	1-5		
Schnitzspan, Hildegard, Alzey	1-5		

Kreisverwaltung KVDin Emrich SozOAR Herz OAR Morch OAR Sippel OAR Wachowski AR Udo Schmitt KA Gradinger KOI Merker

Gäste

Schriftführerin VfA Rittreiser
--

Landrat Görisch eröffnete die Sitzung um 15.05 Uhr, begrüßte die Anwesenden, stellte die ordnungsgemäße Einberufung mit Einladung vom 06.11.2008, die öffentliche Bekanntmachung der Sitzung am 11.11.2008 sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

Da in der heutigen Sitzung die neue Beschallungsanlage zum Test installiert wurde, gab Landrat Görisch das Wort an Herrn Behncke von der Firma Akos. Herr Behncke erläuterte kurz die Funktionen der Testanlage und beantwortete Fragen der Kreistagsmitglieder.

Änderungen zur Tagesordnung lagen nicht vor.

Somit geltende

T a g e s o r d n u n g

<u>TOP</u>	<u>Bezeichnung</u>	<u>Drucksachennummer</u>
-	Einwohnerfragestunde	
1	Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2007 Feststellung der Jahresrechnung und Entlastung des Landrates sowie der Kreisbeigeordneten - Beschlussfassung	164/2008/1
2	Feststellung der Eröffnungsbilanz des Landkreises Alzey-Worms - Beschlussfassung	160/2008/1
3	Änderung der Richtlinien in Hinblick auf Förderung von Betriebskindertagesstätten: 1. Richtlinie über die Gewährung von Zuschüssen des Landkreises Alzey-Worms zu den Kosten des Baues und der Ausstattung von Kindertagesstätten 2. Richtlinie über die Gewährung von Zuschüssen des Landkreises Alzey-Worms zu den Personalkosten in Kindertagesstätten und die Beteiligung der kreisangehörigen Gemeinden - Beschlussfassung	145/2008/1
4	Ergänzungswahl Jugendhilfeausschuss Stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied	172/2008
5	Mitteilungen und Anfragen	

Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Einwohnerfragen vor.

Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2007

Feststellung der Jahresrechnung und Entlastung des Landrates sowie der Kreisbeigeordneten

- Beschlussfassung

Landrat Görisch übertrug den Vorsitz zu diesem Tagesordnungspunkt dem ältesten anwesenden Kreistagsmitglied, **Frau Pitsch**. Der Landrat und die anwesenden Kreisbeigeordneten verließen den Sitzungstisch und nahmen im Zuhörerbereich Platz.

Vorlagetext:

Gem. § 25 Abs. 2 Ziff. 3 Landkreisordnung (LKO) i.V.m. § 114 Abs. 1 Gemeindeordnung (GemO) hat der Kreistag über die Jahresrechnung und über die Entlastung des Landrates sowie der Kreisbeigeordneten, die einen eigenen Geschäftsbereich leiten oder den Landrat vertreten haben, zu beschließen. Zu diesem Zweck ist die Jahresrechnung gem. § 57 LKO i.V. m. § 110 Abs. 1 GemO dem Kreistag zur Prüfung vorzulegen. Die Vorlage erfolgt in Form folgender Anlagen:

- Rechenschaftsbericht vom 24.07.2008 zur Jahresrechnung 2007,
- Bericht des Rechnungsprüfungsamtes vom 14.10.2008 über die Prüfung der Jahresrechnung und
- Stellungnahme der Verwaltung vom 21.10.2008 zum Bericht des Rechnungsprüfungsamtes.

Hinweis

Den Mitgliedern des Rechnungsprüfungsausschusses, den Herren Kreisbeigeordneten und den Herren Fraktionsvorsitzenden lagen diese Unterlagen bereits vor.

Die Jahresrechnung wurde am 14.01.2008 fristgemäß im Sinne von § 109 GemO erstellt; sie ist im Rechenschaftsbericht zur Jahresrechnung zusammengefasst. Ferner sind in diesem Bericht die Kassen- und Haushaltsrechnung als Bestandteil der Jahresrechnung dargestellt, ebenso die Entwicklung der Haushaltswirtschaft sowie erhebliche Abweichungen der Jahresergebnisse von den Haushaltsansätzen.

Die Prüfung der Jahresrechnung erfolgte gem. § 110 Abs. 2 GemO zunächst durch das Rechnungsprüfungsamt der Kreisverwaltung. Das Ergebnis der Prüfung ist im Prüfungsbericht vom 14.10.2008 dargestellt.

Zu den Prüfungsfeststellungen hat die Verwaltung mit Bericht vom 21.10.2008 Stellung genommen.

Unter Heranziehung der vorgenannten Unterlagen wurde die Jahresrechnung gem. § 110 Abs. 1 GemO durch den Rechnungsprüfungsausschuss in dessen Sitzung am 03.11.2008 geprüft. Der Ausschuss wählte Herrn Jürgen Wildner (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) einstimmig zu seinem Vorsitzenden.

Der Ausschuss stellte, wie auch das Rechnungsprüfungsamt, keine Verstöße gegen eine geordnete Haushaltsführung fest und schlägt dem Kreistag vor, dem Landrat sowie den Kreisbeigeordneten für das Haushaltsjahr 2007 Entlastung zu erteilen.

Der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses wird dem Kreistag Bericht erstatten.

Der Bericht des Prüfungsausschusses wurde von dessen Vorsitzenden, **Herrn Wildner**, vorgetragen. Er führte aus, dass als wesentliches Ergebnis festzustellen sei, dass der Verwaltungshaushalt nicht ausgeglichen, sondern mit einem operativen Fehlbetrag von 6.251.355,20 € abschließe. Einschließend eines Fehlbetrages aus 2005, der in 2007 auszugleichen war, belaufe sich der Gesamtfehlbetrag auf 21.372.120 €

Der Basishaushalt 2007 habe noch einen operativen Fehlbedarf von 9.683.735 € aufgewiesen. Im Nachtragshaushalt 2007 habe das Gesamtdefizit um 455 T€ verringert werden können. Hierbei habe sich eine allerdings erst im Nachtrag wirksame Bedarfszuweisung in Höhe von 1.480.000 € positiv ausgewirkt. Der operative Fehlbedarf habe sich im Nachtragshaushalt gegenüber dem Basishaushalt 2007 demnach um 1.024.900 € auf 10.708.655 € erhöht. Im Gesamthaushalt habe eine Verminderung des Fehlbetrages gegenüber dem Fehlbedarf der Haushaltsplanung um 2.977.279 € erreicht werden können. Der Fehlbetrag belaufe sich somit auf 21.372.120,20 €

Der Unterschied zwischen Planung und Vollzug sei im Wesentlichen auf die Umstellung von der Kamealistik auf die Doppik zurückzuführen. Haushaltstechnische Verbesserungen hätten sich auf Grund des früheren Jahresabschlusses und der fehlenden Möglichkeit, Haushaltsausgabereste zu bilden, ergeben. Die Haushaltsrechnung schließe im Verwaltungshaushalt mit bereinigten Soll-Einnahmen i.H.v. 93.115.047 € mit bereinigten Soll-Ausgaben von 114.487.195 € und einem Fehlbetrag von 21.372.120 € ab. Um diese negative Entwicklung ein wenig zu bremsen, seien, wie in der Vergangenheit, die vom Grunde für den Vermögenshaushalt getätigten Investitionsschlüsselzuweisungen in ihrer Gänze von ca. 714.500 € dem Verwaltungshaushalt zugeführt worden. Der Vermögenshaushalt schließe mit 6.928.212 € Die allgemeine Rücklage sei bereits in den Vorjahren aufgezehrt und im Jahreshaushalt 1997 aufgelöst worden. Zwischenzeitlich sei es nicht mehr gelungen, auch nur die Mindestrücklage anzusammeln. Diese hätte sich für das Jahr 2007 auf rd. 993 T€ belaufen.

Im Rechnungsjahr 2007 seien Kredite i.H.v. ca. 2 Mio. € aufgenommen worden. Die Tilgungsleistung liege bei 1.957.927 € Daraus ergebe sich eine Netto-Neuverschuldung zum 31.12.2007 von 42.073 € Zum Jahresende 2007 hätten sich die Kreditschulden auf insgesamt 70.671.183 € belaufen. Das entspreche einer Pro-Kopf-Verschuldung von rd. 558 €

Herr Wildner teilte mit, dass der Rechnungsprüfungsausschuss die vom Rechnungsprüfungsamt getroffenen Beanstandungen mit der Stellungnahme der Verwaltung als ausgeräumt angesehen habe. Fragen seien in der Sitzung beantwortet worden.

Zusammenfassend stellte er fest, dass neben dem Rechnungsprüfungsamt auch der Rechnungsprüfungsausschuss Verstöße gegen eine geordnete Haushaltsführung im Rechnungsjahr 2007 nicht festgestellt habe und dem Kreistag mit einstimmigem Beschluss vorschlage, dem Landrat und den Kreisbeigeordneten Entlastung zu erteilen.

Zur Eröffnungsbilanz und dem Anhang zum Stichtag 01.01.2008 führte Herr Wildner folgendes aus: Nach dem Landesgesetzes zur Einführung der kommunalen Doppik seien die Eröffnungsbilanz und der Anhang so rechtzeitig aufzustellen, dass sie bis zum 30.11. des ersten Haushaltsjahres mit einer Rechnungslegung nach den Regeln der doppelten Buchführung durch den Kreistag festgestellt werden könnten. Dieser gesetzlichen Verpflichtung sei die Verwaltung nachgekommen.

Zur Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 03.11.08 hätten die Eröffnungsbilanz und der Anhang zum Bilanzstichtag 01.01.08, der Bericht über die Prüfung der Eröffnungsbilanz sowie die Stellungnahme der Verwaltung zu den Feststellungen des Prüfberichtes vorgelegen. Die Eröffnungsbilanz schließe in Aktiva und Passiva mit jeweils 241.149.829,81 € ab. Der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag belaufe sich auf 498.538 €

Die einzelnen Bilanzpositionen seien ausführlich und nachvollziehbar erläutert worden. Die vom Rechnungsprüfungsamt getroffenen Beanstandungen habe der Rechnungsprüfungsausschuss durch die Stellungnahme der Verwaltung als ausgeräumt angesehen. Nachfragen seien während der Sitzung hinreichend beantwortet worden.

Verstöße gegen die Vorschriften zur Aufstellung der Eröffnungsbilanz und des Anhangs seien weder vom Rechnungsprüfungsamt noch durch den Rechnungsprüfungsausschuss festgestellt worden. Der Rechnungsprüfungsausschuss empfehle daher dem Kreistag, die Eröffnungsbilanz und den Anhang in der vorliegenden Fassung festzustellen.

Zum Schluss seiner Ausführungen dankte Herr Wildner dem Landrat, den Kreisbeigeordneten und der Verwaltung für die geleistete Arbeit.

Fraktionsvorsitzender Dr. Tauscher (CDU) führte aus, dass die Jahresrechnung gegenüber dem im Verwaltungshaushalt des Haushaltsplans 2007 ausgewiesenen Fehlbedarf von 9,6 Mio. € 10,7 Mio. € ausweise. Der Vermögenshaushalt sei mit knapp 7 Mio. € ausgeglichen. Die laut Gemeindeordnung geforderte Mindestrücklage zur Sicherung der Haushaltswirtschaft weise einen Endbetrag für 2007 von 46,68 € aus. Dies sei weit entfernt von dem in der Gemeindeordnung geforderten Betrag von fast 1 Mio. € Diesen Wert bezeichnete er als illusorisch.

Der Schuldenstand des Kreises belaufe sich Ende 2007 auf gut 70 Mio. €, was eine Pro-Kopf-Verschuldung von rund 500 € bedeute. Defizitär seien insbesondere die Teilhaushalte 2 (Schule) und 4 (Sozial- und Jugendamt), wobei der Einzelplan 4 allein schon 61% der Gesamtausgaben des Verwaltungshaushaltes ausmache. Gerade in diesem Teilhaushalt seien auf Dauer weder Einnahmeverbesserungen noch Ausgabengabensenkungen zu erwarten, so dass auch nach Einführung des Konnexitätsprinzips mit weiterhin hohen strukturellen Defiziten gerechnet werden müsse. Laut den Haushaltsplanungen für 2008 und 2009 sei trotz guter Konjunkturlage von einem jährlichen Gesamtdefizit von ca. 10 Mio. € auszugehen. Für seine Fraktion seien die jährlich festzustellenden Defizite auch mit Blick auf nachfolgende Generationen sehr belastend. Deshalb werde die Fraktion auch weiterhin auf eine äußerst sparsame Haushaltspolitik achten, damit die Verschuldung des Kreises nicht mehr steige als unbedingt notwendig.

Dr. Tauscher sprach der Verwaltung und den Rechnungsprüfern im Namen seiner Fraktion seinen Dank aus und teilte mit, dass die Fraktion der vorgelegten Haushaltsrechnung für den Haushalt 2007 und der Entlastung des Landrates und der Beigeordneten zustimme.

Fraktionsvorsitzender Kiefer (SPD) merkte an, dass das Konnexitätsprinzip nur im Verhältnis zum Land bestünde. Beim Bund, wo z.B. die Sozialhilfe angesiedelt sei, gebe es kein Konnexitätsprinzip, so dass man von hier keine Rückkopplung der Finanzmittel haben werde. Auch er dankte dem Landrat und den Beigeordneten im Namen der Fraktion für die geleistete Arbeit.

Beschluss:

Der Kreistag nimmt Kenntnis von dem Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses über die Prüfung der Jahresrechnung 2007, beschließt die Jahresrechnung und erteilt dem Landrat sowie den Kreisbeigeordneten für das Haushaltsjahr 2007 Entlastung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Form der Abstimmung:

Offen

Feststellung der Eröffnungsbilanz des Landkreises Alzey-Worms zum Bilanzstichtag 01.01.2008

Vorlagentext:

Nach Artikel 8, § 2 des Landesgesetzes zur Einführung der Kommunalen Doppik (KomDoppikLG) vom 02. März 2006 haben die Gemeinden – die Vorschrift gilt gem. § 57 der Landkreisordnung für Rheinland-Pfalz auch für die Landkreise – zu Beginn des ersten Haushaltsjahres mit einer Rechnungslegung nach den Regeln der doppelten Buchführung für Gemeinden eine Eröffnungsbilanz mit Anhang aufzustellen.

Nach Artikel 8, § 13 Abs. 1 KomDoppikLG sind die Eröffnungsbilanz und der Anhang so rechtzeitig aufzustellen, dass sie bis zum 30. November des ersten Haushaltsjahres mit einer Rechnungslegung nach den Regeln der doppelten Buchführung für Gemeinden durch den Gemeinderat – in unserem Falle durch den Kreistag – festgestellt werden können.

Nachdem in der Kreisverwaltung Alzey-Worms zum 01.01.2008 auf die kommunale Doppik umgestellt wurde, hat die Verwaltung die Eröffnungsbilanz mit Anhang zum Bilanzstichtag 01.01.2008 aufgestellt.

Nach Artikel 8, § 13 Abs. 2 KomDoppikLG sind die Bestimmungen der Gemeindeordnung über die Aufstellung, die Vorlage, die Beratung, die Feststellung, die Veröffentlichung und die Prüfung des Jahresabschlusses und des Anhangs der Gemeinde sinngemäß auf die Eröffnungsbilanz und den Anhang anzuwenden. Die Prüfung der Eröffnungsbilanz und des Anhangs erfolgte gemäß § 110 der Gemeindeordnung von Rheinland-Pfalz zunächst durch das Rechnungsprüfungsamt der Kreisverwaltung Alzey-Worms.

Das Ergebnis der Prüfung ist im Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2008 des Landkreises Alzey-Worms vom 28.10.2008 dargestellt. Zu den Prüfungsfeststellungen hat die Verwaltung mit Bericht vom 02.11.2008 Stellung genommen.

Unter Heranziehung der vorgenannten Unterlagen wurden die Eröffnungsbilanz und der Anhang gemäß § 110 Abs. 1 GemO i.V.m. Artikel 8, § 13 Abs. 2 KomDoppikLG durch den Rechnungsprüfungsausschuss in dessen Sitzung am 03.11.2008 geprüft.

Der Ausschuss stellt fest -wie vorher schon das Rechnungsprüfungsamt- fest, dass die Eröffnungsbilanz und der Anhang unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Landkreises Alzey-Worms vermitteln.

Der Bericht des Rechnungsprüfungsamtes und die Stellungnahme der Verwaltung sind als Anlage beigelegt (*Hinweis: Den Mitgliedern des Rechnungsprüfungsausschusses lagen diese Unterlagen bereits vor.*)

Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses wird dem Kreistag in seiner Sitzung Bericht erstatten.

Landrat Görisch verwies auf die zugegangene Vorlage und machte noch einige Ergänzungen. Zum 01.01.2008 sei beim Kreis die Doppik eingeführt worden. Der Etat 2008 sei erstmals nach diesen Vorgaben erstellt worden. Die vorbereitenden Beratungen in den Fachausschüssen zum Etat 2009 hätten bereits stattgefunden, die Verabschiedung solle in der Sitzung des Kreistages am 16.12.2008 erfolgen. Auf Grund der gesetzlichen Vorgaben müsse die Eröffnungsbilanz bis spätestens zum 30.11.2008 erstellt und beschlossen werden.

Die Eröffnungsbilanz sei einerseits durch das Rechnungsprüfungsamt als auch durch den Rechnungsprüfungsausschuss zu prüfen. Im Ergebnis bleibe festzustellen, dass keinerlei Verstöße gegen die gesetzli-

chen Bestimmungen vorlägen. Die Eröffnungsbilanz und der Anhang würden ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Kreises vermitteln.

Die Stellungnahme der Verwaltung zum Bericht des Rechnungsprüfungsamtes vom 02.11.2008 habe dem Prüfungsausschuss vorgelegen. Herr Wildner habe bereits darauf hingewiesen, dass im Ergebnis die Feststellungen des Rechnungsprüfungsamtes als ausgeräumt angesehen wurden. Die zuständigen Mitarbeiter der Verwaltung hätten eine sehr genaue und umfangreiche Arbeit erbracht. So hätte das gesamte Vermögen des Kreises im Detail erfasst, bewertet und die notwendigen Abschreibungen ermittelt werden müssen. Auch die vom Kreis gewährten Zuwendungen seien erfasst worden, um die entsprechenden Auflösungen vornehmen zu können. Hinsichtlich der Erfassung der Straßen sei man durch den Landesbetrieb für Mobilität unterstützt worden. Für die Bewertung seien die vom Land vorgegebenen Grundsätze zu Grunde gelegt worden. Bei Gebäuden seien die Anschaffungs- und Herstellungskosten die Basis für die Ermittlung des Vermögens gewesen. Ansonsten habe man Erfahrungs- und Vergleichswerte zu Grunde gelegt.

Das Vermögen der Zweckverbände habe nicht komplett in der Bilanz dargestellt werden können, da bei einigen noch keine Vermögenserfassung stattgefunden habe. Korrekturen seien bis zu 5 Jahre nach Erstellung der Eröffnungsbilanz möglich. Die Erfassung des beweglichen Anlagevermögens sei eine umfangreiche Arbeit, insbesondere bei den Schulen, aber auch bei der Verwaltung selbst.

Alle Details seien im Anhang zur Eröffnungsbilanz nachlesbar. Auf Vorschlag des Rechnungsprüfungsausschusses habe man heute eine komprimierte Form der Bilanz als Tischvorlage ausgelegt. Aufgrund der gesetzlichen Vorgaben sei die Verwaltung jedoch verpflichtet, dem Kreistag die Eröffnungsbilanz in der umfangreichen und detaillierten Form vorzulegen.

Zu den einzelnen Positionen der Bilanz gab er kurze Erläuterungen, z.B. zur Bewertung des Schulzentrums Wörrstadt und zur Höhe der Forderungen.

Abschließend dankte er allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die geleistete Arbeit.

Fraktionsvorsitzender Dr. Tauscher (CDU) führte aus, dass die Eröffnungsbilanz des Kreises zum 01.01.2008 eine Bilanzsumme von 241 Mio. € ausweise. Bemerkenswert sei der auf der Aktiv-Seite negative Kassenbestand von 12,6 Mio. €. Die Verbindlichkeiten würden 44% der Bilanzsumme ausmachen. Hierunter fielen insbesondere die Kredite für Investitionen und zur Liquiditätssicherung sowie die Sonderposten. Er dankte den Mitarbeitern der Verwaltung für die Erstellung der Eröffnungsbilanz und dem Rechnungsprüfungsamt für die Prüfung und die ausführlichen Informationen.

Eine Änderung der Eröffnungsbilanz sei noch bis 2013 möglich. Dies solle im Bedarfsfall auch so erfolgen. Der Feststellung der Rechnungsprüfer, wonach die vorgelegte Eröffnungsbilanz und der Anhang hierzu ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Kreises vermittele, schließe sich seine Fraktion an und stimme der vorgelegten Eröffnungsbilanz und dem Anhang zum Bilanzstichtag 01.01.2008 zu.

Auch **Kreistagsmitglied Lenges** dankte der Verwaltung, insbesondere Herrn Morch, für die komprimierte Bilanzfassung. Zudem dankte er dem Team von Herrn Wachowski für den Prüfbericht und die begleitende Prüfung. Das alles sei nicht einfach, da es für jeden Neuland sei. Das Aufgabenprofil, das der Verwaltung gestellt werde, lasse nur 2 Alternativen zu: Entweder Reduzierung der Aufgaben oder Verbesserung der Finanzausstattung. Die Verwaltung habe gute Arbeit geleistet. Seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Kreistagsmitglied Mehring stellte fest, dass man sich intensiv mit den Konsequenzen der Haushaltslage befassen müsse. Hinsichtlich der Doppik verdiene die geleistete Arbeit der Finanzabteilung großen Respekt. Berichtigungen der Eröffnungsbilanz seien in den nächsten Jahren noch möglich. Er dankte der Finanzabteilung für die geleistete Arbeit und signalisierte die Zustimmung seiner Fraktion zur Eröffnungsbilanz.

Fraktionsvorsitzender Becker (Bündnis 90/Die Grünen) führte aus, dass die hohe Schuldenlast den Kreis sehr belaste. Die Eröffnungsbilanz lasse nicht auf eine baldige Deckung des Fehlbetrags hoffen. Auch er dankte der Finanzabteilung und dem Rechnungsprüfungsamt für die geleistete Arbeit.

Fraktionsvorsitzender Lind (FDP) schloss sich seinen Vorrednern an. Angesichts eines Fehlbetrages von rd. 498 T€ bei einer Bilanzsumme von rd. 243 Mio. € könne man sogar noch von einer ausgeglichenen Bilanz sprechen. Über den Dank hinaus wollte er auch noch seinen Respekt an die Verwaltung aussprechen, da der Versuchung widerstanden wurde, allzu positiv zu bewerten. Die Verwaltung habe auch Details erfasst, was Sorgfalt beweise. Auch er signalisierte die Zustimmung seiner Fraktion zur Eröffnungsbilanz.

Auf Fragen von **Kreistagsmitglied Mehring** erläuterte **Landrat Görisch** den Sachverhalt beim Schulzentrum Wörrstadt. Hier bestünde noch Klärungsbedarf mit der VG Wörrstadt.

Der Betrag der ehemaligen Kasseneinnahmereste sei heute die Position der Forderungen in der Bilanz. Kasseneinnahmereste würden nie zu 100% eingehen. Beim Aufstellen der Bilanz habe sich die Frage gestellt, in welchem Umfang diese Forderungen uneinbringlich sein werden. Der Kreisausschuss habe einen Auftrag an das Unternehmen „Creditreform“ erteilt, um ermitteln zu lassen, in welchem Umfang eine Erfüllung der Forderung gerechnet werden könne. Es sei wichtig, dass keine Forderungen in die Bilanz aufgenommen würden, die sich nicht erfüllen lassen.

Er führte aus, dass dies keine Verzichtserklärung sei. Die Forderungen würden weiterhin aufrecht erhalten und es werde weiterhin geprüft, ob eine Vollstreckung möglich sei. Die Erfahrung zeige jedoch, dass bei gewissen Gebührenschnidern nie mit einer Zahlung zu rechnen sei.

Kreistagsmitglied Conrad führte hinsichtlich des Schulzentrums Wörrstadt aus, dass die VG Wörrstadt sowohl das Grundstück als auch die Gebäude einschließlich der Zuschüsse und Abschreibungen in der Bilanz dargestellt und ausgewiesen habe. Zur Zeit werde geprüft, in wie weit die Rechtsauffassung des Kreises im Bezug auf die Gebäude geteilt werden könne. Hinsichtlich des Grundstückes schließe sich die VG nicht der Rechtsauffassung des Kreises an. Das würde aus seiner Sicht gegen das BGB verstoßen.

Beschluss:

Der Kreistag stellt die Eröffnungsbilanz und den Anhang des Landkreises Alzey-Worms zum Bilanzstichtag 01.01.2008 mit einer Bilanzsummen von 241.149.829,81 € und einem nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag von 498.538,16 € fest.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 1 Enthaltung

Form der Abstimmung:

Offen

Tagesordnungspunkt: 3

Drucksachenummer: 145/2008/1

Änderung der Richtlinien in Hinblick auf Förderung von Betriebskindertagesstätten:

1. Richtlinie über die Gewährung von Zuschüssen des Landkreises Alzey-Worms zu den Kosten des Baues und der Ausstattung von Kindertagesstätten

2. Richtlinie über die Gewährung von Zuschüssen des Landkreises Alzey-Worms zu den Personalkosten in Kindertagesstätten und die Beteiligung der kreisangehörigen Gemeinden

- Beschlussfassung

Vorlagetext:

Mit Blick auf den verstärkten Ausbau des Betreuungsangebotes für unter 3-jährige Kinder wirken der Bund und das Land Rheinland-Pfalz auch auf den Ausbau der betrieblichen Kindertagesbetreuung hin. Damit soll jenen Eltern ein bedarfsgerechtes Angebot zur Verfügung gestellt werden, die auf eine Elternzeit verzichten bzw. diese nur für kurze Zeit in Anspruch nehmen wollen oder müssen. Zudem soll den Eltern eine größere Nähe zu den -noch sehr kleinen- Kindern ermöglicht werden.

Seitens des Landes wurden daher die Voraussetzungen geschaffen, um auch betriebliche Kindertagesstätten in der Bedarfsplanung berücksichtigen zu können. Insbesondere die Personalkostenerstattung wurde entsprechend angepasst, da betriebliche Kindertagesstätten in der Regel ein überörtliches Einzugsgebiet haben. Damit übernimmt das Land die Personalkostenanteile für jene Kinder, die nicht aus dem Gebiet des örtlich zuständigen Jugendamtes stammen, aber ihren Wohnsitz in Rheinland-Pfalz haben.

Da mit einem konkreten Antrag auf Förderung durch die juwi Immobilien GbR sowie mit einer Interessensbekundung durch die Rheinhessen-Fachklinik Handlungsbedarf für den Landkreis Alzey-Worms gegeben ist, wurde von der Verwaltung des Jugendamtes die Anlage zu den Richtlinien „Betriebskindertagesstätten“ erarbeitet, die den besonderen Voraussetzungen von Betriebskindertagesstätten Rechnung trägt.

Der Jugendhilfeausschuss hat in seiner Sitzung am 30.10.2008 die Änderung der Richtlinien, vorbehaltlich der Zustimmung des Kreistages, beschlossen.

Die geänderten Richtlinien einschließlich der Anlage „Betriebskindertagesstätten“ sind der Originalniederschrift beigelegt.

Landrat Görisch erläuterte, dass im Jahr 2010 der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für Kinder unter 3 Jahren erfüllt werden könne. Bis zum Jahr 2013 solle auch ein Rechtsanspruch für 1-jährige Kinder realisiert werden. Hierfür müssten noch entsprechende Investitionen getätigt werden. Bund und Land würden weiterhin engagiert an diesem Thema arbeiten. Voraussetzungen für Betriebskindertagesstätten sollten auch im Kreis geschaffen werden. Das Land habe zwischenzeitlich die Weichen hierfür gestellt. Die Situation werde für Kreise somit auch finanziell vertretbar. Der Jugendhilfeausschuss habe den Richtlinien in der vorliegenden Form zugestimmt.

Er erläuterte kurz die neuen Richtlinien. Die Firma „juwi“ in Wörrstadt sowie die Rheinessen-Fachklinik in Alzey hätten Interesse, Betriebskindertagesstätten einzurichten.

Fraktionsvorsitzender Kiefer (SPD) führte aus, dass die Förderung der Betriebskindertagesstätten einen weiteren Baustein in dem weiten Feld der Erziehung darstelle. Diese Einrichtungen würden das Angebot der Kommunen und der freien Träger ergänzen. Hierbei sei von Vorteil, dass die Eltern weiterhin im Beruf bleiben und engen Kontakt zu ihren Kindern halten könnten, was auch aus pädagogischer Sicht sehr wertvoll sei. Dies stelle auch einen Vorteil für den Betrieb dar. Seine Fraktion begrüße die Initiative und stimme der Änderung der entsprechenden Richtlinien zu.

Fraktionsvorsitzender Dr. Tauscher (CDU) begrüßte die Einrichtung von betrieblichen Kinderbetreuungsangeboten. Diese würden zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf beitragen. Die vom Kreis zu tragenden Kosten von 25 T€ pro einzurichtender Gruppe in der Betriebskindertagesstätte seien gegenüber den Kosten von 150 T€ bei der Einrichtung von anderen Betreuungsplätzen wesentlich niedriger. Seine Fraktion stimme der Änderung der Richtlinien ebenfalls zu.

Fraktionsvorsitzender Becker (Bündnis 90/Die Grünen) führte aus, dass die Einrichtung von Betriebskindergärten Familienfreundlichkeit signalisiere und die Unterstützung des Kreises verdiene. Eventuell könnten damit auch Anreize für kleine und mittelständische Betriebe zur Schaffung von Betreuungsangeboten geschaffen werden. Im Rahmen der Vergabe des Wirtschaftspreises sei deutlich geworden, dass bereits kleine Unternehmen Kinderbetreuung anbieten würden.

Fraktionsvorsitzender Busch (FWG) führte aus, dass auch seine Fraktion die Förderung von Betriebskindertagesstätten unterstütze. Alle Beteiligten, d.h. Betriebe, Eltern, Kinder und letztendlich auch der Kreis und die Kommunen würden davon profitieren und Entlastung erfahren.

Auch **Fraktionsvorsitzender Lind (FDP)** signalisierte die Zustimmung seiner Fraktion zu den Änderungen und verwies nochmals auf den Wirtschaftspreis.

Landrat Görisch ergänzte, dass bei kleinen Einrichtungen im Detail geprüft werden müsse, ob eine Förderfähigkeit vorliege.

Beschluss:

Der Kreistag der Änderung der Richtlinien „Richtlinie über die Gewährung von Zuschüssen des Landkreises Alzey-Worms zu den Kosten des Baues und der Ausstattung von Kindertagesstätten“ und „Richtlinie über die Gewährung von Zuschüssen des Landkreises Alzey-Worms zu den Personalkosten in Kindertagesstätten und die Beteiligung der kreisangehörigen Gemeinde“, beschlossen vom Jugendhilfeausschuss in der Sitzung am 30.10.2008, zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Form der Abstimmung:

Offen

Anlage 1 a)-c) der Originalniederschrift:

Geänderten Richtlinien einschließlich der Anlage „Betriebskindertagesstätten“

Tagesordnungspunkt: 4

Drucksachenummer: 172/2008

Ergänzungswahl Jugendhilfeausschuss
Stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied

Vorlagentext:

Mit Schreiben vom 29.10.2008 des Caritasverbandes Worms e.V. wird mitgeteilt, dass Herr Stefan Brux im Sommer d. J. aus den Diensten des Caritasverbandes ausgeschieden ist und somit die Stellvertretung von Herrn Diederich als stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss nicht mehr wahrnehmen kann.

Als neues stellvertretendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss für den Caritasverband Worms e.V. wird Frau Agnes Weires-Strauch, wohnhaft Gänsauweg 5, 55276 Oppenheim benannt.

Beschluss:

Nach dem Ausscheiden von Herrn Stefan Brux beim Caritasverband Worms e.V. wird Frau Agnes Weires-Strauch, Gänsauweg 5, 55276 Oppenheim, als stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Form der Abstimmung:

Offen

Tagesordnungspunkt: 5

Drucksachenummer:

Mitteilungen und Anfragen

Landrat Görisch informierte, dass der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bei dem es um die Standorte der Bushaltestellen und des Mensagebäudes bei den Gymnasien in Alzey gehe, in der Sitzung des Kreistages am 16.12.2008 behandelt werde. Derzeit sei man noch im Gespräch und es könnten noch keine Endergebnisse präsentiert werden, die diskussionswürdig wären.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärte sich mit der vorgeschlagenen Vorgehensweise einverstanden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss **Landrat Görisch** die Sitzung um 16.30 Uhr.

(Görisch)
Landrat

(Rittereiser)
Schriftführerin